

Krafer Zeitung.

Nr. 138.

Samstag den 20. Juni

1863.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Kr. für jede weitere Einrückung 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder überreicht Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement
auf das mit dem 1. Juli l. J. beginnende neue Quartal der

„Krafer Zeitung.“
Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1863 beträgt für Krafer 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postverendung, 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafer mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. Juni d. J. die Uebernahme des Hof-Vize-Professors, Andreas Haslinger, in den Ruhestand anzuordnen und hiebei demselben in Rücksicht seiner langen und eifriger Dienstleistung den Charakter eines Unterleutnants mit der damit verbundenen Pension allergnädigst zu verliehen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen und Beförderungen:

(Fortsetzung.)

Zu Oberleutnants die Majore:
Gustav Graf Wetter von der Linie, des Infanterie-Regiments Erzherzog Franz Karl Nr. 52, beim Infanterie-Regimente Großherzog Ludwig von Hessen Nr. 14;
Günrad Freiherr v. Plessger, des letztgenannten Regiments, beim Infanterie-Regimente Erzherzog Stephan Nr. 58;
Konstantin v. Kuciejewski, des Infanterie-Regiments Herzog von Parma Nr. 24, beim Infanterie-Regimente König der Niederlande Nr. 63;
Karl Rzeznicek, des Infanterie-Regiments Erzherzog Rudolf Nr. 19, beim Infanterie-Reg. Erzherzog Franz Karl Nr. 52;
Johann Wanzarow v. Weidenfrank, des Infanterie-Regiments Großfürst Michael von Rußland Nr. 26, beim Infanterie-Regimente Graf Rinski Nr. 47;
Karl Reumann v. Weipenthal, des Infanterie-Regiments Graf Rinski Nr. 47, im Regimente;
Johann Murgic, des Deutsch-Banater Gränz-Infanterie-Regiments Nr. 12, beim Inf.-Reg. Freiherr v. Soldevic Nr. 78;
Alexander Wischetta, des Gräbischer Gränz-Infanterie-Regiments Nr. 8, beim Baraschiner-Gränz-Infanterie-Regimente Nr. 5;
Geduld Salomon v. Friedberg, Commandant des 14. Feldjäger-Bataillons unter Fortführung dieses Commando's;
Franz Joseph Gdler v. Portenschlag-Edermayr, Sanitäts-Truppen-Inspector, mit Befassung auf diesem Dienstposten;
Andolf Wagner, des Kürassier-Regiments König Maximilian von Baiern Nr. 2, beim Kürassier-Reg. Graf Stadion Nr. 9;
Friedrich v. Holbein, des Kürassier-Regiments König von Sachsen Nr. 3, im Regimente;
Franz Suchobolski de Suchobol, des Husaren-Regiments Franz Fürst Liechtenstein Nr. 9, und
Arnold Kövcs von Aszód und Garfaly, Corps-Adjutanten beim 5. Armeecorps und in der Rangsevidenz des Husaren-Regiments Prinz Karl v. Baiern Nr. 3, Beide im Husaren-Regimente König von Württemberg Nr. 6, und zwar der Erstere in Wirklichkeit, der Letztere in Rangsevidenz mit einseitiger Befassung in seiner dormaligen Dienstverwendung;
Heinrich Ritter, des Husaren-Regiments Prinz Alexander zu Württemberg Nr. 11, beim Kürassier-Regimente Kaiser Franz Joseph Nr. 1;
Ladislav v. Smagalsky, des Husaren-Regiments Graf Gallas Nr. 12, beim Husaren-Regimente Franz Fürst Liechtenstein Nr. 9;
Karl Gelan, des Uhlanen-Regiments Erzherzog Karl Nr. 3, im Regimente;
Joseph Sidrowsky, des Artillerie-Comit's, daselbst;
Ferdinand Ritter v. Zurnfort, des Artillerie-Regiments Freiherr v. Bennert Nr. 12, beim Infanterie-Regimente Ritter v. Schmidt;
Joseph Ritter v. Glanner, Commandant des Rege-Artillerie-Comit's Nr. 11, in dieser Anstellung;
Karl Winterstein, des Artillerie-Regiments Wilsdorf Nr. 8, beim Artillerie-Regimente Ritter v. Gauslab Nr. 4;
Cajar Quastl, des Geniesabtes, daselbst;
Joseph Wrozanosky, des Pionnier-Corps, im Corps;
Andolf Rieffschli, des 6., und
Adolf Gdler v. Poliska, des 1. Genie-Armeie-Regiments, in diesen ihren Regimenter, endlich
der Major in der Armee, Anton Freiherr Caballini v. Grenberg, Rittschüler in der Kriegsschule, mit Befassung in dieser Verwendung.

(Schluß folgt.)

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 20. Juni.

* Die Thronrede bei Eröffnung der zweiten Reichsraths-Session wird von sämtlichen Wiener Blättern mit voller Befriedigung besprochen. Sie ist auch ganz dazu angethan. Die warme Betonung unverrückten Festhaltens an der Pflege und Fortbildung constitutionellen Lebens; Wahrung des Gedankens der Reichseinheit bei möglichst freier und selbstständiger Bewegung der einzelnen Theile, bei Ausschluß einer ihrer vollen individuellen Entwicklung hemmend entgegengetretenden und nicht aus der Gemeinsamkeit der Interessen Aller sich von selbst ergebenden Centralisirung; die Schilderung einer über Erwarten günstigen

Finanzlage, die Ankündigung von Gesetzentwürfen, bestimmt, alleseitig anerkannten Bedürfnissen abzuhelfen, Vereinfachung und zweckmäßigere Gestaltung des Geschäftsganges herbeizuführen, alle auf der Höhe der Wissenschaft nur irgendwie gewonnenen Erfahrungen für das Reich und seine Bürger nutzbringend zu machen; die ausgesprochene Hoffnung, diesen Werken des Friedens, der Hebung und Verbesserung unserer inneren Zustände in ungeörter Weise obliegen zu können; die sichtbar reger gewordene Thätigkeit auf geistigem und materiellem Gebiet; die wachsende Anerkennung und Machtstellung des Reiches, und vor Allem das herzliche Einvernehmen, das entgegenkommende Vertrauen zwischen Herrscher und Volk — sind Momente, völlig geeignet, Befriedigung über das Erreichte und zuversichtliche Hoffnung für die Zukunft hervorzurufen. Was diese Zuversicht noch kräftigen muß, ist die entschiedene Sprache der Thronrede gegen die centrifugalen und die Segnungen unserer constitutionellen Gesamtentwicklung wohl nur flüchtig bedrohenden Elemente, die Hinweisung, daß die Regierung festzuhalten entschlossen ist an dem Standpunkt, welchen sie durch das Octoberdiplom und das Februarpatent eingenommen und daß jede Transaction nur innerhalb der Grenzen der Verfassung sich vollziehen kann und darf. Der auswärtigen Beziehungen ist nur im Allgemeinen gedacht, und wohl mit vollem Grund, die zunächst uns berührenden Fragen der äußeren Politik: die polnische Frage, die Bundesreform, die Zollvereinigung mit Deutschland, sind sämtlich in der Schwebe und obgleich einer zufriedenstellenden Lösung mehr oder minder nahe, zur Besprechung an so vorragender Stelle nicht geeignet und mit einigen vagen Bemerkungen nicht abzufertigen. Die Anzeichen mehren sich, daß die Kompetenzändelungen ein überwundener Standpunkt, und so können wir hoffen, daß den wohlwollenden Absichten der Regierung die patriotische Unterstützung der Reichsräthe nicht fehlen und daß dem einträchtigen Wirken der also vereinten Kräfte es gelingen wird, zu erreichen, was unser Monarch hinstellt als das Ziel seiner Bestrebungen und Wünsche — „das Gedeihen, die Macht und die Ehre des Reiches“.

Aus der Fülle der anerkennenden Paraphrasen der Thronrede müssen wir besonders eine Stelle hervorheben. Diese ist unverkennbar so ganz aus einem vollen und warmen Herzen geschrieben, trägt so unverkennbar das Gepräge inneren Ergriffenseins, tiefgründeter Ueberzeugung, enthält eine so scharfe und wahre Anerkennung der Haltung und Bestimmung unserer Regierung, daß wir es uns nicht versagen können, von diesem Zeugniß Kunde zu geben, mag es nun geziemend erscheinen oder nicht. Schatten heben das Licht und warum sollen wir uns dessen nicht freuen, daß das Licht siegreich seine Bahn sich bricht. Ein Wiener Blatt zieht folgende Parallele zwischen den Verfassungszuständen Oesterreichs und Preußens. Hier eine von echt constitutionellem Geiste durchwehte Thronrede, ein freisinniges, den Zeitbedürfnissen entsprechendes Reformprogramm, volle Einigkeit zwischen Fürst und Volk, zwischen Regierung und Volksvertretung. Dort königliche Reden, welche die absolute Machtvollkommenheit betonen, ein Zerbrechen der Verfassung, ein Zurückweichen von guten zu schlechten Gesetzen, Aufgeben aller Reform, tiefklaffender, gefährdender Zwiespalt zwischen Fürst und Volk, zwischen Regierung und Volksvertretung. Hier reiner constitutioneller Einklang, dort qualender Mißklang. Es ist nicht Selbstüberhebung, wenn wir diesen Gegensatz hervorheben. Aber wir können doch das Gefühl innerster Befriedigung nicht unterdrücken, wenn wir unsere ungehörte constitutionelle Entwicklung in einem neuen bedeutsamen Acte sich glänzend manifestiren sehen. Wir werden auch durch den Hinblick auf solche Gegensätze den Werth unserer Institutionen und Entwicklungszustände richtiger bemessen lernen, als durch einseitiges Wühlen in unseren eigenen Unvollkommenheiten.

Der „Gazas“ hebt bei Besprechung der nach ihrem vollen Wortlaut mitgetheilten Thronrede die Uebergebung der polnischen Angelegenheit hervor: „Die Rolle der polnischen Abgeordneten, bemerkt der „Gazas“, beginnt also während der Adreßdebatten. Die polnischen Deputirten haben also offenes Feld, sind durch ein Regierungsprogramm in der Thronrede nicht gehindert.“ In Betreff seiner Ansicht über die Haltung derselben beruft sich der „Gazas“ auf seine vor einer Woche ausgesprochene Anschauungsweise. In dem Wiener Schreiben des „Gazas“, in welchem nach ausdrücklicher Erklärung des Blattes die Anschauung des „Gazas“ über die Thronrede enthalten, wird dieselbe als „sein Inhalt nach mehr eine ministerielle Berichterstattung, als kaiserliche Botschaft“ bezeichnet. Der Satz der Thronrede über die Segnungen des Friedens, „die einzige Andeutung über die äußere Politik des Sta-

tes“ erlaubt dem Correspondenten die Folgerung, daß die äußere Politik Oesterreichs vor Allem überwiegend friedlich sein werde.

Die gestern erwähnte Behauptung des Journals „La France“, daß die drei Mächte vollständig in Uebereinstimmung sind, glaubt das „Fr.-Bl.“ dahin deuten zu sollen, daß die Westmächte nichts dagegen haben, wenn Oesterreich die ihm zusagenden Schritte macht, während die Westmächte bei ihrer weitergehenden Formulierung der Vorschläge beharren. Es läßt sich, schreibt daselbe, aus der Zusammenstellung der verschiedenen officiösen Mittheilungen ersehen, daß die Westmächte, ohne sich auf weitere Discussion über die Unterschiede der Propositionen einzulassen, ihre Noten nach Petersburg schicken und die österreichische Regierung einfach von ihrem Schritte benachrichtigen. Denn da gestern noch die „S.-G.“ erklärte, die Cabinete von Paris und London hätten erst über die Gegenwortschläge Oesterreichs unter sich in eine Berathung einzutreten, so muß man wohl bei der plötzlichen heutigen Notification von der Absendung der Noten voraussetzen, daß die Westmächte, von der Ueberzeugung ausgehend, daß man in Wien bei dem einmal gefassten Beschlusse beharren werde, ihren eigenen Weg zu gehen sich entschlossen. Wenn man den Westmächten Vorwürfe über ihre selbstständige Behandlung der Frage zu machen nicht berechtigt ist, so werden Westmächte wohl auch die Selbstständigkeit des österreichischen Verfahrens, gestützt auf dessen eigensten Interessen und auf dessen Stellung als Nachbarstaat gelten zu lassen nicht verfehlen können. So wünschenswerth die Einigkeit zwischen den drei Mächten ist, so vielfache nützliche Folgen sich daraus ergeben würden, so ist der Gedanke gewiß nicht unzulässig, daß das Bedürfniß der Einigkeit zwischen den drei Mächten ein gleiches ist und darum auch von jenen Schritte zur Vereinbarung erwartet werden dürfen. Die Möglichkeit ist jedoch vorhanden, daß die neulichen Hinrichtungen und sonstigen Schreckensthaten in Polen auch Oesterreich bestimmen könnten, nachträglich zur Beendigung der Gräueltaten energischer vorzugehen. Das möchten wir schon aus einer Aeußerung der heutigen „S.-G.“ schließen, welche die Behauptung der Londoner „Post“, daß Oesterreich die Kampeseinstellung als unrichtig bezeichnet, indem Oesterreich gleichfalls die Einstellung des Kampfes wünsche, aber nicht als Vorbedingung der Verhandlung erklärt habe.

Die „Morning-Post“ vom 18. d. bringt die Meldung, daß die Noten nach Petersburg abgegangen sind. Dieselben seien beinahe identisch, ausgenommen, daß Oesterreich die Einstellung des Kampfes nicht beaufworte. (Diese Behauptung ist von der „S.-G.“ bereits als unrichtig bezeichnet.) England sei im Falle der Verwerfung zwar nicht kriegsbereit, doch möge Rußland ehestens einsinken. — Bei dem Citybankett am 18. d. sprach Lord Palmerston von dem fest bestehenden und guten Einvernehmen mit Frankreich und erklärte, er hoffe auf die Erhaltung des Friedens.

Mit der halben Lösung der amerikanischen Frage ist die Polensache wieder ganz in den Vordergrund getreten. Die erste Frage ist jedoch nicht, was wird Napoleon, sondern, was wird Rußland thun? Vor der Action die Transaction. Selbst die Kriegsführer scheinen die Entscheidung den Diplomaten überlassen zu haben. Die Polen, schreibt ein Pariser Corr. der „N. N.“, indem er der Hoffnung auf gütliche Begleichung der Wirren Ausdruck leiht, schlagen sich mit gemächlicher Tapferkeit, es ist, als sähen die seltenen Krieger nach jedem gegen Rußland geführten Siege nach den Diplomaten, um sie nicht aus ihren Augen zu verlieren und um ihnen Muth und Beharrlichkeit einzufloßen. Die europäischen Cabinete zählen auch wirklich auf die Ausdauer der polnischen Patrioten, denn bisher haben sie sich wenig beeilt. Die Situation ist ungefähr folgende: Oesterreich, Frankreich und England haben sich dem Wesen nach verständigt und schlagen für Polen Reformen vor und machen Bedingungen aus, von denen die einen hoffen, daß Rußland sie zurückweisen werde, während andere das bloß befürchten. Die Annahme wird nicht vorausgesetzt und doch ist diese keineswegs unwahrscheinlich. Zwar rüftet man in Rußland sich zum Kriege, wohl spricht die russische Aristokratie eine stolze patriotische Sprache, wohl weisen die russischen Diplomaten die Voraussetzung, als könnte Rußland nicht patentirten Soldaten gegenüber die Waffen strecken, als eine unverkämpfte Zumuthung zurück; aber — Aber die Legende spricht vom heiligen Dionysius, der nach seiner Enthauptung von St. Denis in Paris, den eigenen Kopf unter dem Arme, spazirt ist und Voltaire bemerkt mit Recht dazu: qu'il n'y a que le premier pas qui coûte: — aber wenn wir den Dingen auf den Grund sehen und überlegen,

wie ganz anders die Stellung Rußlands sich gestalten würde, wenn dieses einmal aus der Nothwendigkeit eine Tugend machend, Polen als enjeu auf den grünen Tisch wirft und ruft, das gebe ich, und was geben die Andern; — aber wenn man bedenkt, wie der Ring, den der vorsichtige Polykrates in die See geworfen, dem weissen Tyrannen im Wauche eines köstlichen Fisches wieder aufgesetzt wurde; — aber wenn man überlegt, daß wenn eine Feuersbrunst ausgebrochen ist, es unter Umständen als ein ganz kleines Opfer betrachtet werden kann, einige Häuser niederzureißen, um das Weitere zu retten; aber wenn man sich zu Gemüthe führt, wie viel Süßigkeit und wie tiefe Weltweisheit liegt in dem „Schlägst du meinen Juden, schlage ich deinen Juden“ — dann müßte man ein freundliches, überraschend freundliches Entgegenkommen der Mächte nicht gerade für eine Unwahrheit halten.

Der „Gazas“ sucht in seinem Leitartikel den Beweis zu führen, daß die Diplomatie durch ihr Zaudern wohl unbewußt die Bedeutung der polnischen Bewegung erhöhe, die wie das genannte Blatt zu verstehen gibt, des Schutzes von Außen bald werde entzogen und ihr la Polonia farà da se! anstimmen können. Die Nationalregierung, umgeben von allgemeinem Vertrauen, die selbst das Gedächtniß jener einst so mächtigen Oligarchie von Benedic verwischt, schaffe mit ihrer ganzen Organisation für Polen gegenüber der noch in ihm garnisonirenden russischen Armee ein öffentliches Leben, das jene Autonomie, von welcher die Diplomatie für das kämpfende Polen träume, ganz entbehlich, ja unmöglich erscheinen lasse. Polen, sagt also der „Gazas“, bestige factisch weit mehr, als die Diplomatie ihm verschaffen kann. Die Polen seien bereits Herren des Landes, das freilich zufällig noch russische Garnisonen habe, welche die „Nationalregierung“ jedoch nächstens hinausdecretiren werde. Mit jedem Monate des dauernden Aufstandes mache die Macht der Nation und werde das Werk der Diplomatie schwieriger. Die Diplomatie möge sich daher beeilen, sonst werde — das meint doch folgerichtig der „Gazas“ — die polnische Nation zu mächtig, und die Diplomatie zu unmächtig. Wir glauben, daß der „Gazas“ sich unnöthig und vorzeitig Sorgen macht.

Der Morning-Herald und der Standard, die beiden conservativen Blätter, geben den lebhaften Wunsch zu erkennen, daß in Puebla kein Frieden geschlossen werde bis der polnische Aufstand entweder besiegt oder durch russische Zugeständnisse entwan-

net ist. In Berlin sieht man nach einer Berliner Correspondenz der „R. Z.“ in den gouvernementalen Kreisen die äußere Lage mit Bezug auf die polnische Frage als sehr beruhigend an. Man glaubt, daß die Formulierung der in Petersburg zu stellenden Forderungen, welche jetzt von Wien nach Paris und London gegangen ist, nicht bloß Aussicht habe, von Rußland angenommen zu werden, sondern daß man in Wien sich bereits der Zustimmung des russischen Cabinets dafür versichert habe. Die hier herrschende Auffassung geht demnach dahin, daß entweder die polnische Frage durch eine allgemeine Verständigung sich bald erledigen oder daß doch Oesterreich, im Falle es nicht gefehlen sollte, aus dem Concert mit den Westmächten ausscheiden werde. An dieses Letztere knüpfen sich dann wohl noch Combinationen, die bereits bekannt und genugsam erörtert sind.

Nach einer officiösen Berliner Correspondenz der „R. Z.“ hofft das Ministerium, daß die Bemühungen Preußens für das Zustandekommen eines Congresses oder einer Conferenz von Erfolg begleitet sein werden, und daß auf demselben die Motive der preussischen Politik ihre tiefere Begründung erhalten und ihre Anerkennung auch bei England finden werden.

Der „R. Z.“ schreibt man: Die polnische Frage entwirrt sich immer mehr, und dieses Resultat ist größtentheils den Bemühungen Preußens zu verdanken. Eine Verständigung über die den Polen einzuräumenden Concessionen ist zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich bereits erreicht. Es kommt nun Alles auf die Entscheidung der Westmächte an. Lange ehe und während zwischen diesen Mächten und Oesterreich über die für die Polen zu fordernden Concessionen verhandelt wurde, befürwortete die preussische Regierung in St. Petersburg Concessionen, welche den gerechten Forderungen des polnischen Volkes Rechnung tragen. Rußland soll übrigens, wie leicht erklärlich, entschlossen sein, die Zugeständnisse erst nach Bewältigung der Rebellion zu machen. Die „S.-G.“ bezeichnet diese Auslassung, in welcher Absicht sie auch abgefaßt sein möge, soweit die Sache Oesterreich betrifft, als rein aus der Luft gegriffen.

Die „Südd. Z.“ enthält Folgendes bemerkenswerthe aus der Zeit des Aufenthaltes des Herzogs von Coburg datirte Schreiben aus Wien: Herzog Ernst von Coburg setzt in Wien seine Verhandlungen fort, und zwar betreffen dieselben, wie uns gemeldet wird, die deutsche Bundesreform. Von den zwei vom Herzog gestellten Bedingungen: des Verzichtes von Seiten Oesterreichs auf Eintritt in den Bund mit seinem ganzen Ländergebiet und der schnellsten Durchführung der einmal beschlossenen Reform, soll die erste ohne Widerrede zugestanden sein, die zweite in Betreff der Modalitäten der Ausführung noch im Stadium der Verhandlung oder doch der Geheimhaltung sich befinden.

In der vorgestrigen Bundestagsitzung erstatteten die vereinigten Ausschüsse für die holsteinische Angelegenheit den Vortrag über die Sachlage der letzteren und beantragen eine Aufforderung an die dänische Regierung ergeben zu lassen. Der dänische Gesandte legte Verwahrung ein. Die Abstimmung erfolgt in drei Wochen.

Wie die „France“ schreibt, hat Graf Goltz von seiner Regierung einen einmonatlichen Urlaub erhalten und begibt sich aus Gesundheitsrücksichten in ein deutsches Bad.

In allen Journalen ist seit einiger Zeit die Rede von einer zwischen Paris und Turin zustande gekommenen Verständigung Behufs Erzeigung gemeinschaftlicher Maßregeln gegen das Brigantenthum und dessen weiteres Umsichgreifen. Der Vertreter Frankreichs in Turin, Graf Sartiges, soll gerade diese Angelegenheit eifrig betrieben haben. Nun hat sich, wie man der „G.-C.“ aus Turin meldet, folgendes als eigentlicher Kern der Sache ergeben. Von einem bereits vorliegenden Resultate oder nahe bevorstehendem Zustandekommen einer solchen „Verständigung“ ist bis heute vorläufig noch gar keine Rede; aber um so sicherer ist es, daß Frankreich unter dem Vorwande einer Operationsbasis gegen die Briganten zu gewinnen, in Turin geradezu die bestimmte Ermächtigung zur Besetzung von Capua, Gaeta und anderen Punkten der Terra di Lavoro verlangt. So viel aber kann das gegenwärtige Turiner Ministerium, trotz seiner unbefristeten Abhängigkeit von den Italienern, der Nation gegenüber vorläufig denn doch nicht wagen. Frankreich hofft dies mit Hilfe Mazzini's durchzusetzen, der früher oder später auf seinen früheren Präsidentenstuhl gelangen soll.

England hat noch keine Glückwünsche zur Einnahme von Puebla eingekauft und wird, wie es heißt, dies auch nicht thun. In Paris, schreibt ein Corr. der „R. Z.“, behauptet man jedoch, daß England seine Glückwünsche nach der officiellen Notification der Einnahme der genannten Stadt senden werde. Es scheint also, daß man noch immer hofft, England werde seine officiellen Freude über eine Thatfache ausdrücken, die ihm viel officiöses Leid verursacht hat.

Die France berichtet, das joniſche Parlament werde in außerordentlicher Sitzung zusammentreten, um die Vereinigung der joniſchen Inseln mit dem Königreiche so wie einen jährlichen Credit von 10,000 Pfd. St., als ihren Beitrag zur Civilliste des Königs Georg I. zu votiren.

Die zweite holländische Kammer hat sich für den Betrieb sämtlicher Staatsbahnen durch Concessionirung an Private entschieden und zwar mit der großen Mehrheit von 59 gegen 11.

Die Patrie läßt sich aus Constantinopel schreiben, der englische Botschafter Sir Henry Bulwer wollte sich in die Donaufürstenthümer begeben, vermuthlich um eine Krise abzuwenden.

Die österreichische Regierung und die hohe Pforte haben eine gemischte Commission behufs der definitiven Feststellung der dalmatisch-bosnischen Grenzlinie ernannt.

Oesterreichische Monarchie.

Aus Kissingen wird der „N. Z.“ geschrieben: So eben sind Ihre Maj. der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich mit zahlreichem Gefolge hier eingetroffen und in dem v. Hef'schen Hause dicht am Kurplatz abgestiegen. Die Stadt hatte Ihren Maj. einen festlichen Empfang bereitet, am Eingange des Orts eine Ehrenpforte mit den österreichischen und bayerischen Wappen errichtet und die Straßen mit Flaggen in denselben Landesfarben geschmückt. Sowohl die Badegäste als die Einwohner waren bei der Ankunft der kaiserlichen Herrschaften zahlreich versammelt und riefen denselben ein theilnehmendes Willkommen zu; beide Majestäten saßen allein in einem offenen Wagen und grüßten freundlich. Die Kaiserin, welche im vorigen Jahre das hiesige Bad mit sehr gutem Erfolge gebraucht haben soll und welche durchaus kein leidendes Aussehen hatte, wird jetzt diese Kur wiederholen; der Kaiser wird dem Vernehmen nach etwa acht Tage hier verweilen. — Kissingen ist trotz des andauernden kalten und nassen Wetters von Kurgästen überfüllt; die Badeliste zählt schon an 2000 Namen, unter denen sich auch der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, der Prinz Friedrich von Hessen, der Prinz August von Schweden befinden. Der Kurfürst von Hessen war mit der Fürstin von Hanau ebenfalls hier, ist aber kürzlich abgereift.

Wien, 19. Juni. Mit Allerhöchster Entschlie-ßung vom 12. d. wurde der Beschluß des k. r. n. h. Landtages wegen unentgeltlicher Ueberlassung eines landchaftlichen Grund-Terrains im Ausmaße von 355' 5' 3" an die Stadtgemeinde Klagenfurt zum Behufe der Herstellung der Zufahrtsstraße zum dortigen Bahnhofe genehmigt.

Laut einer Allerhöchsten Entschlie-ßung vom 13. d. haben die Beschlüsse des Istrianer Landtages bezüglich der §§. 36, 37 und insofern hiedurch die

Abstimmung durch Kugelung für zulässig erklärt wird — auch jener bezüglich des §. 53 der Landtagsge-
schäftsordnung, als mit den §§. 36 und 39 der Land-
tagsordnung im Widerspruch stehend, die Allerhöchste
Genehmigung nicht erhalten, mit dem Besatze, daß
der Landtagsbeschuß bezüglich des §. 53 der Land-
tagsgeschäftsordnung als im eigenen Wirkungskreise
des Landtages gelegen der Allerhöchsten Genehmigung
nicht bedürfe.

Ebenso wurde dem Beschlusse des Tiroler Land-
tages auf Erlassung einer Zulassbestimmung zum
§. 16 der Landtags-Wahl-Ordnung nach a. h. Ent-
schlie-ßung vom 14. d. die Sanction nicht ertheilt.

Mit Allerhöchster Entschlie-ßung vom 15. d. M.
haben Se. Majestät dem vom Dalmatiner Land-
tage beantragten Zulage zur Landtags-Wahlordnung
die a. h. Genehmigung nicht zu ertheilen, jedoch
das Staatsministerium zu ermächtigen geruht, die
Landesstelle in Dalmatien anzuweisen, bei Neuwah-
len den Landtags-Abgeordneten im Sinne des vom
Dalmatinischen Landtage in seiner Sitzung vom 28.
März gefaßten Beschlusses vorzugeben. (Der Beschluß
lautet: bei Neuwahlen von Landtagsabgeordneten der
Landgemeinden sind jedesmal auch die Wahlmänner neu
zu wählen.)

Nach der „Gen. Corr.“ haben Se. Majestät mit
Allerhöchster Entschlie-ßung vom 10. d. zu genehmi-
gen geruht, daß die Kundmachung der Gese-
sammt allen hierauf bezüglichen Geschäften nebst dem
Redactions-Bureau des Reichsgesetzblattes in seinem
gegenwärtigen Bestande aus dem Geschäftskreise und
Status des Justiz-Ministeriums ausgeschieden und
samt der hierfür präliminirten Dotation vom Tage
der Allerhöchsten Entschlie-ßung vom Staatsministe-
rium übernommen werde.

Der Herzog von Braunschweig, welcher seit
mehreren Tagen in Giesing weilt, hat heute einen
Ausflug nach Pest gemacht.

Heute Abends fand in den Salons des Staats-
minister aus Anlaß der Eröffnung des Reichsrathes
und zu Ehren der Mitglieder desselben großer Em-
pfang statt. Alles, was die politische, finanzielle und
sociale Welt Wiens Glänzendes aufweist, war hier
versammelt. Erzherzoge, der hohe Adel, die Diplo-
matie, Staatsbeamte, Militärs, Schriftsteller u. s. w.
bewegten sich in anmüthiger Unterhaltung in den ge-
drängt vollen Räumlichkeiten. Selbstverständlich wa-
ren beide Häuser des Reichsrathes sehr zahlreich und
durch ihre hervorragenden Mitglieder vertreten.

Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium,
Franz Freiherr v. Kalchberg hat eine Reise nach
Deutschland in Zollvereinsachen unternommen.

Das gestern ausgegebene XXII. Stück des Reichs-
gesetzblattes enthält die k. r. n. h. Ratification vom 7. Mai
1863, zu den Vereinbarungen der fünften Elbe-
Schiffahrts-Revisionscommission über meh-
rere Ergänzungen und Abänderungen verschiedener
Artikel der Elbe-Schiffahrtsacten vom Jahre 1821
und vom Jahre 1844, so wie des Schlussprotocoll
der dritten Elbe-Schiffahrts-Revisionscommission,
dann wegen einer durchgeführten neuen Regulirung
der Elbezölle und die kaiserliche Ratification vom 7.
Mai 1863 zu der Vereinbarung zwischen Oesterreich,
Preußen, Sachsen, Anhalt-Desau-Röthen, Anhalt-
Bernburg und Hamburg vom 4. April 1863, die
Verwaltung und Erhebung des gemeinschaftlichen
Elbezolles zu Wittenberge betreffend.

Ein Wiener Correspondent der „Bohemia“ be-
stätigt die Nachricht von einem zwischen den galizi-
schen Reichsraths-Abgeordneten und der Linken ange-
bahnten Einvernehmen. Bereits an drei Wochen,
schreibt dieselbe, weilt Hr. Rogalski und leitet die
ersten Unterhandlungen zu einer Verständigung. Vor-
gestern haben neue Besprechungen, natürlich ganz pri-
vater Natur stattgefunden und man versichert, daß
dieselben zu einem sehr erfreulichen Resultat führten.
Es dürfte nicht zu viel behauptet sein, wenn ich
sage, die Polen sind entschlossen, ihre Kompetenzbe-
denken vollends aufzugeben und eine freundlichere
Haltung zur Regierung, deren mustervolle Haltung
in der polnischen Frage sie mit Freuden anerkennen,
einzunehmen. Wie sich die Polen über gewisse Füh-
rer der Czeden aussprechen, unterlasse ich Ihnen mit-
zuthellen, von den kräftigen Ausdrücken dürfte man-
ches bei Gelegenheit in den Reden einzelner Abgeord-
neten nachhallen. Besonders erbittert sprachen sie sich
über eine vor mehreren Wochen in Prag erschienene
Brochure über die polnische Frage und über den be-
kannten Brief Palach's aus; an ein Zusammengehen
der Polen mit der andern Fraction der rechten Seite
des Hauses ist nicht zu denken.

Ueber das Eintreffen der czechischen Fraction lau-
ten die Nachrichten widersprechend, bezüglich des ge-
meinsamen Protestes, welchen die Mitglieder derselben
zu überreichen gefonnen sind, erfährt der „Wanderer“,
daß er im Wesentlichen aus dem von ihnen im Jahre
1861 abgegebenen Proteste fußt, in welchem ausge-
sprochen wurde, daß die Wahlen zum Reichsrathe nur
probeweise vorgenommen würden; an eine Niederle-
gung des Mandats wird dabei nicht gedacht, sondern
im Gegentheile ausgesprochen, daß die Abgeordneten
gesonnen seien, bei dem Reichsrathe zu erscheinen, was
jedenfalls eintreten würde, wenn der Reichsrath zum
Gesammtreichsrathe geworden.

Etwa 80 Reichsraths-Abgeordnete versammelten
sich gestern Nachmittag zu einem einfachen gemein-
schaftlichen Mahle im Saale zum „weißen Roß.“
Der Abend wurde in der heitersten Weise verbracht,
selbstverständlich auch toastirt. Graf Mazzuchelli trank
auf das Wohl der „Rekruten“, Dr. Mühlfeld auf den
Präsidenten v. Hasner, dieser ließ die „Rekruten
wie die Veteranen“ leben und Dr. Berger trank auf
das Wohl der Werbezirke, d. h. der Landtage aller
Königreiche und Länder, deren Abgeordnete sich hof-
fentlich bald hier einfinden werden.“ (Consequenter-

weise hätte man noch ein Vereat auf die Deserteurs-
ausbringen können.) Noch wurden Toaste von Dr.
Giska u. s. w. ausgebracht.

Bei der am 18. d. durch den Hermannstädter
Magistrat und die Communität vollzogenen Comen-
wahl wurden gewählt: Gubernialrath Schmidt mit
85, Gubernialrath Ranicher mit 64 und Hofrath Zim-
mermann mit 58 Stimmen. Außer diesen erhielten
Stimmen: Herbert, Friedenfels und Plecker.

Das Majestätsgesuch des Triester Stadtrathes,
wegen Conscriptionsbefreiung ist abweislich beschieden,
die Rekrutirung für dieses Jahr wird jedoch nachge-
sehen mit dem Beifügen, daß, falls das Contingent
nicht durch Freiwillige gedeckt werde, die abgängige
Zahl nächstes Jahr nachzutragen sei.

Deutschland.

Die Sequestration der dem Grafen Joh. Dzia-
lyński gehörenden Herrschaft Kurnik ist, der „Dzi-
-Ztg.“ zufolge, vom Kreisgericht in Schrimm in Voll-
zug gesetzt. Zum Curator der zu sequestrirenden
Herrschaft ist der Rechtsanwalt Bauermeister in
Schrimm ernannt. Am 13. wurde von einer Ge-
richts-Commission an Ort und Stelle die Besichti-
gung und Aufzeichnung des vorhandenen Wirtschafts-In-
ventariums vorgenommen. Zur Herrschaft Kurnik
gehören die Güter: Kurnik, Granowo, Trzebaw, So-
tuchow und Januszewo.

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Die drei Noten werden wahr-
scheinlich morgen gleichzeitig von den betreffenden
Höfen nach Petersburg abgefertigt. Der Text der
französischen ist gestern in Fontainebleau nochmals
geprüft worden, und es ist nicht zu befürchten, daß
Rußlands Empfindlichkeit verletzt werde. — Die Ein-
nahme von Puebla hat im Allgemeinen bisher in den
officiellen Kreisen keine Steigerung der Kriegslust
zuwege gebracht, zumal man durch Manches sehr
leibhaftig daran erinnert wird, daß die mexicanische Ex-
peditio noch nicht zu Ende ist. Morgen z. B. nimmt
das Paketboot wieder 10 Millionen Francs mit nach
Vera-Cruz. Als Lohn für den Einzug in Mexico
selbst stellt man Forey den Herzogs-Titel in Aus-
sicht, da ihm nun Puebla schon den Marshallsstab
gebracht. Er hat also einen Grund mehr sich zu
beeilen. Man beschäftigt sich immer mehr mit der
Civil-Organisation des zu occupirenden Landes. In
kurzem dürfte eine dem Senat angehörende hervor-
ragende Persönlichkeit zum „General-Commissar“ und
Stellvertreter des Kaisers in Mexico“ ernannt werden
und in dieser Eigenschaft die gerühmte civilisatorische
Arbeit in der Republik zu beginnen versuchen. —
Ueber die Wahl Guéroult's wundert sich Niemand,
wohl aber darüber, daß in den Departements noch vier
Regierungs-Candidaten, wenn auch nur mit genauer
Noth sich behauptet haben. Die liberalen Einflüsse
haben sich höheren Orts noch nicht Bahn gebrochen
oder vielmehr beide Parteien wissen nicht, wie die
Sache steht, da der Kaiser schweigt. — Graf Persigny
hat die Unterdrückung der France abermals zu einer
Art Cabinets-Frage gemacht. Aber Herr von Laguer-
ronniere und Herr Moquard sind heute nach Fontai-
nebleau gereist und werden ohne Zweifel die Gefahr
wieder abwenden. — Der Constitutionnel und sein
Director, Herr A. Chevaller, haben abermals einen
Strauß mit Mirés bestanden; dieser erschien nämlich
heute wieder auf der Redaction, um Herrn D'Anhal-
zu reintegriren. Es gab eine sehr heftige Scene, und
die Folge war wie immer, daß Mirés in ziemlich
zerzaufem Zustande durch einen Polizei-Commissär
der Außenwelt wiedergegeben wurde.

Nach dem „Moniteur de l'Armée“ ist die Entfer-
nung von Puebla nach Mexico 28 1/2 mexicanische
Meile oder ca. 119 Kilometer (ca. 1/4 deutsche Meilen).
Mexicanische Truppen legen dieselbe gewöhnlich
in sieben Tagemärschen zurück. Von Puebla führt
der Weg durch die Ebenen von San Martin de
Tescmelucan und steigt dann bis zu dem kleinen
Dorfe Rio Frio (3300 Meter über dem Meerespiegel)
wo sich ein berühmter Paß befindet, dessen Besetzung
von Wichtigkeit ist. Hinter Rio Frio geht der Weg
zu Thal in die weite, von sechs großen Seen bewäs-
serte Ebene von Mexico. Zwölf Kilometer vor der
Hauptstadt beginnt eine Chaussee. Die France meint,
daß Forey's Corps binnen 8 — 10 Tagen Mexico
erreicht haben werde. Man wird sich aber wohl erin-
nern dürfen, daß General Scott, nachdem er Pue-
bla genommen, erst vier Monate später Mexico, das
er auch noch erst hat belagern müssen, in seine Ge-
walt bekam.

Ein Pariser Correspondent der „N. Z.“ erzählt
folgende hübsche Geschichte aus der Loge zum großen
Orient von Frankreich: Sie wissen, daß der große
Orient sehr obstinat ist gegen die kaiserlichen Wünsche,
und sich durchaus nicht in einen einfachen Verein
der öffentlichen Wohltätigkeit verwandeln lassen will.
Marschall Magnan, der Großmeister auf kaiserlichen
Befehl, hat viel Noth und fühlt sich sehr unbehaglich
in der Gesellschaft jener Montagnards, die er an jenem
blutigen 2. Dezember mit Kartätschen von den
Boulevards segte und die nun seine „lieben Brüder“
sein sollen. Bekanntlich war Magnan der militäri-
sche faineur-vainqueur des Staatsreichs. Nun ist es
freimaurer-Sitte, daß der Großmeister alle zu höhe-
ren Graden beförderte Brüder umarmen muß, und
da traf es sich denn in voriger Woche, daß der alte,
grimmige Staatsreichsmarschall den lieben Bruder
Golfavru, den röhstesten aller Nothen, den er nach dem
Staatsreich nach Cayenne in die Verbannung ge-
schickt hatte, feierlich umarmen mußte. Es läßt
sich denken, was der Marschall bei dieser feierlichen
Accollade für ein Gesicht zog.

Ein französischer Wallfischfahrer Leopard, der
an der Westküste Africa's Fischfang trieb, ist von dem
englischen Kreuzer Zebra festgenommen und nach Sierra
Leone gebracht worden. Die französischen Blätter

publiciren die Beschwerdeschrift des Capitäns vom
Leopard, dem aber wohl nicht gerade Unrecht geschehen
sein wird, da er, wie er selbst zugibt, sich geweigert
hat, dem Zebra-Capitän seine Papiere vorzuweisen.
Das Prisengericht zu Sierra Leone hat übrigens den
Leopard sofort freigegeben, sobald der französische
Consul daselbst die Schiffsapapiere vorgewiesen und
den Eigensinn des Capitäns entschuldigt hatte.

Italien.

Aus Turin, 14. Juni, wird der „Köln. Ztg.“
geschrieben: Man fängt an, der Regierung vorzuwer-
fen, sie habe sich von Frankreich dupiren lassen. Die-
ser Vorwurf ist ungerecht und wird nur von jenen
gemacht, die da glauben, Italien habe sich in irgend
einer Weise zu einer militärischen Mitwirkung für
den Fall eines Krieges verpflichtet. Dies ist jedoch
nicht geschehen, obgleich man hier auch diese Ewen-
tualität ins Auge gefaßt hat. Hr. Visconti-Venosta
hat den einflußreichsten Mitgliedern der Kammer ver-
trauliche und, wie es scheint, befriedigende Mitthei-
lungen gemacht. Man nimmt es dem Könige übel,
daß er so leicht hin verheißende Bemerkungen fallen
läßt. Die Minister haben ihn gebeten, diese Andeu-
tungen in Zukunft bei öffentlichen Reden zu unter-
lassen. Die Herren Visconti-Venosta und Minghetti
drängen den Grafen Depoli, doch ja wieder auf sei-
nen Posten zurückzukehren; der genannte Diplomat
kann sich nicht leicht dazu entschließen. Mamiani da-
gegen wird in keinem Falle mehr auf seinen Posten
zurückkehren, sein Nachfolger ernannt werden, sowie
der neue König in Athen anlangt sein wird.

Der oberste Unterrichtsath in Turin hat die
definitive Schließung des Collegiums der Ignoran-
telli angeordnet.

Rußland.

Aus Brody, 17. Juni, wird der „Lemb. Ztg.“
geschrieben: Wenn nicht alle Zeichen trügen, so würde
es baldigst in unserer unmittelbaren Nähe zu einem
Ausbruche kommen; russischerseits wird es auch erwar-
tet. Der Verlust durch das Einfangen einzelner oder
kleiner Trupps von Insurgenten ist nicht so groß als
die Vermehrung durch den Zuzug, der ununterbrochen
stattfindet, die Lücken füllen sich rasch wieder und die
Concentration, bei der die Disciplin und die Leitung,
die Versorgung und geräuschlose Manipulation in der
That gut gehandhabt werden, geht unbeirrt vor sich.
Die Russen scheinen sich zumeist auf die Bauern zu
verlassen, die auf den Sammelplätzen mit gar wunder-
lichen Waffen erscheinen, da ihnen häufig Sensen
abgehen, deren Einfuhr verboten ist; die Einen tra-
gen alte verrostete und verbogene Sensen, die An-
dern erscheinen mit einem Dreifselge bewehrt, wäh-
rend wieder Andere sich mit Hauen, Heugabeln und
Rechen bewaffnen. Daß der Felddienst darunter leidet,
daß der Rohheit Thür und Thor geöffnet und Viele
in Mitleidenschaft gezogen sind, die außerhalb der
Bewegung stehen, versteht sich von selbst. Die näch-
sten Tage dürften die eisernen Würfeln fallen.

Die von russischen Buletins neulich gemeldete
Vernichtung der Traugott'schen Freischaar im Kobryner
Kreise Litthauens wird nun auch von polnischen
Blättern bestätigt.

Aus Warschau, 14. d., wird der „N. Z.“ ab-
weichend von früheren Berichten geschrieben: Vor
Vollstreckung des Urtheils wurde nämlich Erzbischof
Feliński vom Kriegsgericht aufgefordert, den Ver-
urtheilten, den bestehenden Vorschriften gemäß, der
Priesterweihe zu entziehen, was nur durch eine hohe
geistliche Person geschehen kann. Feliński weigerte
sich jedoch, dieser Aufforderung Genüge zu leisten,
indem er erklärte, daß er die Competenz einer weltli-
chen Behörde zur Verurtheilung eines Priesters nicht
anerkenne, und daher auch von Beschlüssen einer sol-
chen Abstand nehmen müsse. In Folge dieser Weige-
rung soll auf Befehl des Großfürsten ein griechischer
Pope diese Ceremonie verrichtet haben. Was jedoch
Feliński anbelangt, so soll der Großfürst denselben
hart angelassen, die Weigerung als Ungehorsam be-
trachtet und beschlossen haben, den Erzbischof als re-
sistenten Beamten nach Petersburg abführen zu las-
sen. In der That ist derselbe heute früh per Eisen-
bahn unter Militär-Escorte nach Petersburg abge-
reist. Vor seiner Abreise wurde strenge Haussuchung
bei ihm gehalten, aber nichts Verdächtiges gefunden.
So wenig Anhänger auch der Erzbischof bei den Po-
len hat, so macht der Vorfall doch einen tiefen Ein-
druck; man ist vorläufig geneigt, ihn als Märtyrer
für den Glauben zu betrachten, und besonders der
ganze Klerus ist in Aufregung und der Bruch zwi-
schen dem russischen Hofe und dem polnischen Klerus
vollständig geworden.

Ueber die Verhaftung des Warschauer Erzbischofs
Feliński äußert sich „Goniec“ folgenderweise: „Er ist
gut mit seiner Moderation gefahren. So lange zau-
derte er zwischen der Behörde und der Nation, bis
er die Gefangenschaft sich erzauderte. Er konnte eine
nützliche und entschiedene historische Rolle spielen und
ward nun das Opfer seiner Charakterchwäche.“

In Warschau sind mehrere neue Verordnungen
der National-Regierung erschienen. In denselben wird
u. A. befohlen, daß alle Abtheilungsbefehlshaber regel-
mäßige und genaue Berichte über die Operationen
und Zustände ihrer Truppen einliefern, daß die Offi-
ziere, um sich den Feinden weniger kenntlich zu ma-
chen, keine hervorstellenden Abzeichen tragen, daß nach
dem Fall des Commandirenden stets der älteste Offi-
zier das Commando über die betreffende Schaar fort-
führen, daß das Wegwerfen der theuer genug erkauf-
ten Waffen strenge Strafe nach sich ziehen, daß keine
Abtheilung sich auflösen oder mit einer andern ohne
specielle Anordnung vereinigen und daß keine unnö-
thige Beurlaubungen ertheilt werden sollen. Fünf
Insurgenten (deren Namen wir übergehen) sind „für
zahlreiche und verschiedenartige Vergehen“ von der
National-Regierung zum Tode durch Erhängen oder

